

**Frankreich:** Vor den Wahlen am kommenden Sonntag - eine Bilanz der Wirtschaft und Innenpolitik in den vergangenen fünf Jahren. Der Vertrauensschwund war nicht mehr aufzuhalten. (S. 5)



**Schweden:** Der Reichstag hat Ingvar Carlsson (Foto) zum neuen schwedischen Ministerpräsidenten in der Nachfolge des amtierenden Olof Palme gewählt. Carlsson erhielt 178 Stimmen von Sozialdemokraten und Kommunisten, die Opposition enthielt sich der Stimme.

**Chile:** Innenminister Ricardo Garcia hat angedeutet, daß Staatschef Pinochet möglicherweise bis 1997 im Amt bleiben werde. Der Grund: Chile wolle am dem Zeitplan festhalten, erst nach 1989 zu einer Form der Demokratie zurückzukehren.

**Ein Plädoyer für Leistung**  
„Erfahrung ohne Fortbildung ist zu wenig“, lautet die Devise von Lothar Sparberg, Deutschland-Chef von IBM. In einem Beitrag für die WELT fordert er „die harte Notwendigkeit ständiger Mitarbeiterschulung“.

**Nationalpark Wattenmeer**  
Gestern wurde er eröffnet, aber es gibt ihn noch gar nicht - den Nationalpark Wattenmeer zwischen Emden und Cuxhaven. Zunächst müssen verwirrend ineinander verhakete Schutz- und Nutzungsinteressen auf einen Nenner gebracht werden. Seite 3

**WIRTSCHAFT**  
**Bundesschatz:** Die Steigerung der Zinsausgaben des Bundes wird sich in den kommenden Jahren erheblich abschwächen, erklärte der CDU-Haushaltsexperte Austermann gegenüber der WELT. Finanzminister Stoltenberg sei dabei, die Dynamik der Zinsausgaben zu brechen. (S. 13)

**Handel:** Die Lieferungen in die DDR\* behielten bis in das nächste Jahr hinein ihren Schwung; die Bezüge werden allenfalls das Niveau des Vorjahres erreichen, als sie bereits stagnierten. Dies zeigt ein Umfrage. (S. 13)

**Börse:** Die freundliche Tendenz an den Aktienmärkten hielt auch gestern an. Am Rentenmarkt herrschte Kaufstimmung. WELT

**Kultur**  
**Klaviertrio:** Gratwanderungen über die höchsten Gipfel der Kammermusik - in den vergangenen Jahren haben sich wieder junge Ensembles gebildet, die das Klaviertrio entdecken; ein begabter Nachwuchs. (S. 27)

**Architektur:** In der Diskussion um das neue Berliner Kulturforum hat sich der Architekt Frei Otto eingeschaltet. Er wendet sich dagegen, Rolf Gutbrod den Auftrag zum Weiterbau der Museen zu entziehen. (S. 27)

**Sport**  
**Steuerfahndung:** Ein Großaufgebot von 72 Beamten, darunter acht Staatsanwälte und 17 Steuerbeamte, durchsuchte gestern in einer Blitzaktion die Geschäftsräume des Eishockey-Bundesligaschieds ECD Isenlohn. Ein Clubmitglied wurde festgenommen.

**Olympia:** Bei der Generalprobe für die Olympischen Spiele im Herbst in Seoul sollen 3583 Polizisten und Feuerwehrleute sowie 2000 zusätzliche Sicherheitskräfte die erwarteten 5000 Sportler vor möglichen Übergriffen oder Attentaten schützen.

**AUS ALLER WELT**  
**„Glette“:** Die europäische Raumsonde (Foto) ist nach einer leichten Kurskorrektur in der Endphase ihres Zielanflugs auf den Kern des Halley'schen Kometen. Alle Systeme an Bord funktionieren bislang einwandfrei. Auf dem jetzt eingeschlagenen Kurs soll „Glette“ in einer Entfernung von 540 Kilometern am Kern des Kometen vorbeifliegen, teile das Weltraum-Operationszentrum in Darmstadt mit. (S. 28)

**Brenner:** Ein 35 Kilometer langer Eisenbahntunnel von Brunnenthal nach Steinach soll die Hauptverkehrsader der Alpen entlasten. Dies sieht ein italienischer Kompromißvorschlag vor, nachdem ursprüngliche Überlegungen, einen 58 Kilometer langen Tunnel fast in Meeresspiegelhöhe zu bauen, verworfen worden waren. (S. 28)

**Leserbriefe und Personalien**  
Umwelt - Forschung - Technik  
Fernsehen  
Wetter: neblig-trüb

## Union sieht ein politisches Komplott gegen den Kanzler

Bonner Staatsanwälte hatten sich zuerst gesperrt. Beeinflusste SPD Verfahren?

**GÜNTHER BADING, Bonn**  
Mit Empörung ist in der Union registriert worden, daß die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen Bundeskanzler Helmut Kohl aufgrund einer Strafanzeige des Grünen Abgeordneten Schily offenbar gegen die Sachentscheidung der Bonner Staatsanwaltschaft vom Generalstaatsanwalt in Köln aus politischen Gründen durchgesetzt worden ist.

Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende und niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht äußerte in einem Gespräch mit der Deutschen Presseagentur den Verdacht, daß die in Nordrhein-Westfalen regierenden Sozialdemokraten bei der Eröffnung des Ermittlungsverfahrens die Hand im Spiel gehabt hätten. Albrecht: „Die Methode, die von den Grünen und von der SPD angewendet wird, ist unter aller Sau.“ Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagaktion, Friedrich Bohl, verwies ebenfalls auf Ungereimtheiten beim Zustandekommen der Entscheidung und stellte die Frage, ob sich hier „ein politisches Komplott größten Ausmaßes“ anbahne.

Politische Verantwortung trage der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und SPD-Kanzlerkandidat Rau.

In Führungskreisen der Union wird auf die Parallele zu der Entscheidung im Flick-Prozess verwiesen, als die Bonner Staatsanwaltschaft bei Anklageerhebung erst auf Druck des Generalstaatsanwalts und des nordrhein-westfälischen Justizministers um Verurteilung vor Anklageerhebung den Vorwurf gegen die FDP-Politiker Graf Lambsdorff und Friedrichs überraschend verschärft und an die Stelle von „Vorteilsannahme“ die höhere Straftat „Bestechlichkeit“ gesetzt hatten.

Nach Angaben dieser Kreise hatte sich die Bonner Staatsanwaltschaft vor zwei Wochen nach Prüfung der am 29. Januar gestellten Strafanzeige Schilys wegen angeblicher unethischer Falschaussage des Kanzlers entschlossen, kein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Da solche Vorgänge bei richterlicher Verantwortung nicht möglich sind, wurde am Freitag vor zwei Wochen Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz in Köln informiert. Es soll, so wird weiter berichtet, zu einer lautstarken Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Bonner Staatsanwaltschaft gekommen sein. Noch am Dienstagmorgen dieser Woche wußte die Bonner Staatsanwaltschaft nicht, daß sie am Mittwoch desselben Tages doch ein Ermittlungsverfahren gegen Kohl einleiten würde.

Erst nachdem die Generalstaatsanwaltschaft ihrer nachgeordneten Behörde in Bonn entsprechende Weisung erteilt hatte, wurde am Dienstagmittag die Mitteilung über die Eröffnung des Ermittlungsverfahrens an Bundestag und Kanzleramt weitergeleitet.

Generalstaatsanwalt Schmitz wollte gestern weder dementieren noch bestätigen, daß es sich um eine Weisung gehandelt habe. Er sprach lediglich von „intensiven Gesprächen“. Nordrhein-Westfalens Justizminister Rolf Krumm (SPD) wies alle Vorwürfe als „abwegig und ehrabschneidend“ zurück.

**SEITE 4:**  
**Aussage und Anzeile**

litiker Graf Lambsdorff und Friedrichs überraschend verschärft und an die Stelle von „Vorteilsannahme“ die höhere Straftat „Bestechlichkeit“ gesetzt hatten.

Nach Angaben dieser Kreise hatte sich die Bonner Staatsanwaltschaft vor zwei Wochen nach Prüfung der am 29. Januar gestellten Strafanzeige Schilys wegen angeblicher unethischer Falschaussage des Kanzlers entschlossen, kein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Da solche Vorgänge bei richterlicher Verantwortung nicht möglich sind, wurde am Freitag vor zwei Wochen Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz in Köln informiert. Es soll, so wird weiter berichtet, zu einer lautstarken Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Bonner Staatsanwaltschaft gekommen sein. Noch am Dienstagmorgen dieser Woche wußte die Bonner Staatsanwaltschaft nicht, daß sie am Mittwoch desselben Tages doch ein Ermittlungsverfahren gegen Kohl einleiten würde.

Erst nachdem die Generalstaatsanwaltschaft ihrer nachgeordneten Behörde in Bonn entsprechende Weisung erteilt hatte, wurde am Dienstagmittag die Mitteilung über die Eröffnung des Ermittlungsverfahrens an Bundestag und Kanzleramt weitergeleitet.

Generalstaatsanwalt Schmitz wollte gestern weder dementieren noch bestätigen, daß es sich um eine Weisung gehandelt habe. Er sprach lediglich von „intensiven Gesprächen“. Nordrhein-Westfalens Justizminister Rolf Krumm (SPD) wies alle Vorwürfe als „abwegig und ehrabschneidend“ zurück.

**SEITE 2:**  
**Gefährliche Waffensysteme**

verletzt zu haben und sagte voraus, daß dieses Waffensystem vom Kongreß abgelehnt werde.

Senator Edward Kennedy erklärte: „Wir suchen keine Konfrontation mit der Reagan-Administration, doch wir können nicht schweigen angesichts einer Politik dieser Administration, die Israel und seine Bürger bei einer künftigen Konfrontation im Nahen Osten gefährden würde.“

Außenminister Shultz dagegen hatte kürzlich im Kongreß festgestellt, daß die Haltung Saudi Arabiens bei den letzten amerikanischen Friedensbemühungen im Nahen Osten „insgesamt ein Plus“ gewesen sei.

Das State Department nannte die beabsichtigten Waffenlieferungen an Saudi Arabien „eher bescheiden“. Es handelt sich dabei im wesentlichen um Luftabwehrsysteme vom Typ „Sidewinder“ und kleinere Kontingente vom Typ „Stinger“ und „Harpoon“. Alle diese Waffensysteme sind bereits Teil des saudiarabischen Abwehrsystems.

In State Department räumt man ein, daß die Reagan-Administration im Kongreß einen schweren Stand haben wird. Außenminister Shultz hat erst vor fünf Wochen beabsichtigt, anwerkanische Waffenlieferungen in Höhe von 1,5 bis 1,9 Milliarden Dollar an Jordanien für unbestimmte Zeit auf Eis legen müssen. Der Sprecher des State Departments verteidigte die Waffenlieferungen mit dem Argument: „Wir müssen den Wunsch der Saudis nach diesen Waffenlieferungen erfüllen, um unsere eigene Glaubwürdigkeit in dieser so wandelbaren Region zu erhalten.“

**SEITE 1:**  
**Reagan will Raketen an Saudis liefern**  
Furcht vor einer Ausweitung des Golfkrieges / Scharfe Kritik aus dem Kongreß

## DER KOMMENTAR

### Seilschaft

ENNO v. LOEWENSTERN

Das gibt der scheinlichen Affäre zusätzlichen Hautgout: Am Montag ließen „die zuständigen Justizstellen“ gänzlich unvermittelt wissen, „Gerüchte“ seien „nicht korrekt“, der Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz habe die Entscheidung an sich gezogen (über eine Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Kohl). Nicht nur das: „Der sozialdemokratische Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Rolf Krumm, hält sich wegen der politischen Brisanz auch aus dieser Sache bewusst heraus.“ Ausdrücklich wurde der Staatsanwaltschaft Bonn bescheinigt, sie „verantwortet“ die Entscheidung.

Nachdem das ungefragte Alibi ausgestreut worden war, wußte jeder Kenner, was kommen würde. Es kam denn auch am Dienstag: Bekanntgabe der Verfahrens-Einleitung gegen den Bundeskanzler, eben recht zur Debatte über die Flick-Affäre. Was jetzt aus der Umgebung Kohls verlautet, nämlich daß die Bonner Staatsanwälte nicht ermittelt wollten und dazu von ihrem SPD-Minister bzw. des-

sen Volltreckern genötigt wurden, hatte sich längst selbst bestätigt durch die eifrig lancierte Vorausmeldung. Es wird zusätzlich unterstrichen dadurch, daß der Sprecher der Staatsanwaltschaft Bonn nicht wagte, die Hinweise auf den Eingriff von oben zu bestreiten.

So hatte man es vorher auch im Fall Lambsdorff erlebt: Einwirkung von oben und dann Verschärfung der Anklage. Nun beginnt man in der Union zu begreifen, daß das nicht etwas ist, was man bequem auf Kohl (und womöglich mit Kohl) abschreiben kann. Nun spricht Albrecht offen aus, was eben noch niemand zu flüstern wagte: daß es hier nicht rechtsstaatlich zugeht, sondern Methoden „unter aller Sau“ angewendet werden.

Steckt Rau selbst hinter den Machenschaften, mit denen sein politisch erfolgreicher Gegner juristisch abgeschossen werden soll? Oder besorgen das seine Büchsenpanzer, während er vornehm wegschaut? Wie auch immer, er verantwortet die Entscheidung.

**Soldaten klagen über Mißstände**  
DW, Bonn

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Willi Weiskirch, registrierte im Vorjahr die Rekordzahl von mehr als 8000 Eingaben von Soldaten wegen Mißständen in der Bundeswehr. Bei der Vorlage des Jahresberichts 1985 führte er viele der beanstandeten Vorfälle auf Alkoholkonsum zurück. Der Wehrbeauftragte kritisierte in seinem Bericht die zeitliche Beanspruchung der Soldaten, die die „kritische Grenze“ überschritten habe.

**Um Hermes-Projekt bahnt sich Streit an**  
A.G. Bonn

Um die von Bundeskanzler Kohl beim jüngsten deutsch-französischen Gipfel wohlwollend in Aussicht gestellte Beteiligung an dem französischen Raumgleiter-Projekt Hermes bahnt sich in Bonn ein handfester Konflikt an. Wie gestern verlautete, weigert sich das Bundesfinanzministerium, ohne förmlichen Kabinettsbeschuß in Ressortgespräche über die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel einzutreten.

**Gonzalez will sich Entscheid beugen**  
DW, Madrid

Der sozialistische spanische Ministerpräsident Gonzalez will dem Willen des Volkes bei der gestrigen Abstimmung über den NATO-Verbleib Rechnung tragen, obwohl das Ergebnis nicht bindend für die Regierung in Madrid ist. Gonzalez löst damit ein Wahlversprechen ein, das er gab, als er noch für den NATO-Austritt war. Trotz seiner Bemühungen, das Volk von den Vorteilen eines NATO-Verbleibs zu überzeugen, zeichnete sich eine Ablehnung ab.

**Ist Nicaragua Umschlagplatz für Drogen aus Südamerika?**  
Reagan lehnt Kompromiß über Hilfe für die „Contras“ ab

Ein ehemaliger Chefermittler des nicaraguanischen Innenministeriums, Balbino, hat Nicaragua Innenminister Borges bei einer Washingtoner Kongreß-Anhörung beschuldigt, mit Einnahmen aus dem illegalen Drogenhandel seinen Luxus in Managua finanziert zu haben. „Die Regierung von Nicaragua handelt mit Kokain“, sagte er.

Die Sandinisten hatten derartige Vorwürfe beharrlich dementiert. Der Fragen des Rauschgiftschmuggels zuständige Abteilungsrat im US-Außenministerium, Thomas, sagte aus, es bestünde der Verdacht, daß Nicaragua ein Umschlagplatz für Kokain aus Südamerika in die USA geworden sei. Ein Vertreter der US-Rauschgifteinschleppbehörden, Byrne, schränkte bei der Anhörung allerdings ein, daß seine Dienststelle nur einen Fall dokumentiert habe, um die Vorwürfe von Thomas zu stützen.

Das Hearing fand zur selben Zeit statt, als Präsident Ronald Reagan seine Bemühungen im Kongreß fort-

setzte, widerstrebende Abgeordnete zur Unterstützung für ein Programm von 70 Millionen Dollar Militärlieferungen für die „Contras“ in Nicaragua zu bewegen.

Reagan hat einen Kompromiß in der Frage der umstrittenen amerikanischen Unterstützung für die „Contras“ zurückgewiesen. „In Sachen Freiheit schließt man keinen Kompromiß“, betonte der Präsident. „Wer Kompromisse machen will, darf dies nicht mit dem Leben der Freiheitskämpfer, der Demokratie in Lateinamerika oder unseren eigenen Grenzen tun“, so Reagan weiter.

Im Kongreß ist der Antrag des Präsidenten umstritten. Einige Parlamentarier haben einen Kompromiß unterbreitet, der vorsieht, daß die „Contra“-Gelder erst nach Ablauf einer Frist ausgeteilt werden, während der ein letzter Versuch für eine Verhandlungslösung in Nicaragua unternommen werden soll. Die SPD hat gestern den US-Kongreß aufgefordert, Präsident Reagan die beantragte „Contra“-Hilfe zu verweigern.







## Fünf Jahre sozialistische Wirtschafts- und Innenpolitik in Frankreich: Eine Bilanz Wieder auf dem Kurs der Marktwirtschaft

JOACHIMSCHAUFUSS, Paris  
Den Franzosen mag die wirtschaftliche Bilanz der fünfjährigen sozialistischen Regierungszeit als eher negativ erscheinen. Gingen doch die Vorteile der anfänglichen Volksbeglückungspolitik - insbesondere bessere Sozialleistungen, längerer Urlaub, kürzere Arbeitszeit, frühzeitige Pensionierung - in den folgenden Austeritäts-Jahren weitgehend wieder verloren. Seit 1983 schrumpften die Reallohn um immerhin 3,4 Prozent. Außerdem wurden Sozialabgaben und Steuern erhöht.

Nachdem man zuvor über die Verhältnisse gelebt hatte, waren Kaufkraftverlusten allerdings unvermeidbar geworden.

Gleichzeitig schrumpfte die Investitionstätigkeit unter dem Druck der neuen sozialen Lasten.

So blieb das Wirtschaftswachstum hinter dem internationalen Expansionsdurchschnitt zurück und die Arbeitslosigkeit nahm entgegen den sozialistischen Versprechen stark zu. Durch ihre „soziale Behandlung“ wurde sie schließlich auf zehn Prozent der aktiven Bevölkerung stabilisiert.

Gleichzeitig allerdings gelang es, die Inflationsrate in den fünf Jahren von 14 auf vier Prozent zu drücken, was auch im internationalen Vergleich sehr beachtlich ist. Das ist vor allem der Überwindung der seit dem Kriege bestehenden Lohn-Freischiebung zu verdanken. Diese historische Leistung der sozialistischen Regierung wird dadurch nicht geschmälert, daß ihr die Gewerkschaften zunächst wohlgesonnen gegenüberstanden. Entscheidend war die rigorose Austeritäts-Politik, die die Streikbereitschaft lähmte und die traditionelle Inflationsmentalität unterhöhlte. Inzwischen steuert Frankreich (dank der Ölpreis-Baisse) sogar auf zwei Prozent Inflation zu.

Aber die Sozialisten hinterlassen

auch negative Vermächtnisse. Dazu gehört vor allem die kostspielige Verstaatlichung des Bankensystems und der größten Industrieunternehmen. Auch hat sich die Staatsverschuldung in Folge eines zunächst hemmungslos betriebenen deficit-spending von 418 auf 1077 Milliarden Franc erhöht, während die weitgehend staatlich garantierte Auslandsverschuldung wegen der Außenhandelsdefizite und der zur Frankreichverteidigung benötigten Devisen von 123 auf 469 Milliarden Franc zunahm.

In den letzten zwei Jahren wurde das Budgetdefizit aber dank bedeutender Ausgabenkürzungen auf drei Prozent des Sozialprodukts stabilisiert, was zwar dem internationalen Standard entspricht, aber noch beträchtlich über dem von der letzten Regierung hinterlassenen Niveau liegt.

Andererseits gelang es bisher nicht, den Außenhandel aus den roten Zahlen zu bringen. Der beste internationale Vertrauensbeweis in die seit März 1983 verfolgte französische Wirtschaftspolitik ist wohl die Franco-Stabilität, der aber drei bedeutende Abwertungen vorausgegangen waren. Immerhin hat diese Stabilität Frankreich sehr hohe Zinsen (zur Verteidigung der Devisenabflüsse) eingebracht und so seine internationale Wettbewerbsfähigkeit geschwächt. Andererseits erlaubt sie eine gewisse Lockerung der zunächst verschärften Devisen- und Preiskontrollen.

Sehr viel weiter als die Regierungen vor ihm ist der seit Juli 1984 wirkende Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Bérégovoy bei der Deregamentierung der Finanzmärkte vorgestoßen. Sie wurde von einer spektakulären Börsenhausse begleitet. Fazit: Von den ursprünglichen sozialistischen Wirtschafts- und Finanzideologien ist nicht mehr viel zu spüren. Die französische Regierung steuert heute wieder der marktwirtschaftlichen Kurs.



Rigoreuse Austerität: Pierre Bérégovoy

## Vertrauensschwund war nicht mehr aufzuhalten

PETER RUGE, Paris  
„Er hat die Höhen und die Tiefen eines Menschenalters in weniger als 21 Monaten erlebt“, das ist die landläufige Meinung über Laurent Fabius, den heute 40-jährigen Premierminister Frankreichs. Fabius ist die zweite Wahl des Staatschefs Mitterrand, nach dem Vorgänger Pierre Mauroy. Auch Fabius ließ sich scheinbar gefügig bis zur Selbstauflösung in der Greenpeace-Affäre, in Tasch, bei der Aufdeckung von Waffenlieferungen an Iran, im Geiseldrama von Beirut. Nur einmal muckte der junge Mann, den die Karikaturisten inzwischen mit einem Regen-

ger und Regierung wurde eine zusätzliche Verwaltungsebene eingelegt, regionale Körperschaften. Im gesamten Verwaltungsbereich ist das Funktionskräfte um 170 000 Planstellen angewachsen, auf fünf Millionen Bedienstete - das ist ein massiver Anstieg in Europa.



Ideologie zuerst: Parteichef Laurent Fabius

Mit 110 Versprechen waren die Linken angetreten: Sozialisten und Kommunisten Seite an Seite. Den Reichen sollte es an den Kränzen gehen: Steueranhebungen und Nationalisierungsprogramme auf der einen Seite, sozialistische Füllhörner für sozial Schwache auf der anderen. Den von der Gesellschaft Benachteiligten sollte zudem mehr Gerechtigkeit widerfahren: Eine beispiellose Justizreform wurde begleitet von der Abschaffung der Todesstrafe. Die Sozialisten öffneten vor allem denen die Tore, die Frankreich als ihr Mutterland ansehen: Eine nahezu ungehinderte Einwanderungswelle ergoß sich in die V. Republik, vor allem aus afrikanischen und arabischen Ländern. Dieser Zustrom und eine wachsende Zahl von Arbeitslosen kulminierte zu einem Rassenproblem. Der Ruf aus der rechten Ecke nach einem „Frankreich der Franzosen“ findet starkes Echo.

Dem sozialistischen Kurs der Mitterrand-Partei, nicht zu verwechseln mit dem sozialdemokratischen Weg eines Helmut Schmidt, liegt der Glaube zugrunde: Ändere die Gesellschaft und du änderst den Menschen. Ideologen wie Parteichef Jospin oder der Linksinthellektuelle Chevènement ließen sich durch die Abschiebung der Privatschulen nicht entmutigen. Sie zerschlugen auch die seit der französischen Revolution überkommenen Herrschaftsstrukturen in Frankreich. Das Schlagwort der Dezentralisierung fegte die Allmacht eines von Paris aus gesteuerten Beamtenapparates hinweg, doch ihre neu gewonnene Eigenständigkeit wird den Regionen schwer gemacht: Zwischen Bürger und Regierung wurde eine zusätzliche Verwaltungsebene eingelegt, regionale Körperschaften. Im gesamten Verwaltungsbereich ist das Funktionskräfte um 170 000 Planstellen angewachsen, auf fünf Millionen Bedienstete - das ist ein massiver Anstieg in Europa.

Der Glaube an den sozialistischen Fortschritt versprach auch „mehr Lohn für weniger Arbeit“. Die Ernüchterung kam 1983. Nach Frankreichs Abwertung und einer Verschuldung bis nahezu zum Staatsbankrott wurde das Steuer heraufgerissen. Kleine Brötchen, Sparsamkeit, Austerität hieß das Rezept. Der Bruch mit dem kommunistischen Koalitionspartner war unvermeidlich. Denn die Kommunisten bezeichneten das als Verrat.

Die Rückgewinnung wirtschaftlichen Terrains und internationaler Reputation konnten den Vertrauensschwund der Bürger in die sozialistische Staatsführung im Lande nicht mehr aufhalten. Viele sind unsicher und fragen: War der Kurswechsel nur ein politisches Lifing, eine Maskerade? Kehren die Sozis zu den früheren Sozialexperimenten zurück, wenn sie nur an der Macht bleiben?

## Schlüter bildet Kabinett mit Blick auf Wahlen um

Nach EG-Votum gestärkt / Jetzt neun konservative Minister

G. MEHNER, Kopenhagen

Mit Blick auf die dänischen Parlamentswahlen im Herbst 1987 hat Ministerpräsident Poul Schlüter über eine umfassende Regierungsumbildung sein Kabinett mobilisiert. Neun Ministerien wurden neu besetzt. Die Schlüsselressorts blieben aber unangetastet.

„Es ist eine Mannschaft für die Zukunft“, erklärte Schlüter. Die auffälligsten Veränderungen erfolgten im Bereich Industrie und Kultur: Neuer Industrieminister wurde der bisherige Industrieverbandspräsident Niels Wilhelm (49, konservativ); in das Kultusministerium rückte der Verwaltungswissenschaftler H. P. Clausen (58) ein, der im Bereich eines zweiten flächendeckenden Fernsehkanals überzeugende Vordenkerarbeit geleistet hat. Zum neuen Arbeitsminister - dies ist die dritte Berufung aus dem außerparlamentarischen Raum - avancierte Henning Dyrnøse (40, konservativ), bislang Marketingdirektor eines Pharmakonzerns.

Überraschend wechselte Britta Schall Holberg (rechtsliberal) vom Innen- zum Landwirtschaftsministerium. Auf einen mehr profilierungsfähigen Posten umplatziert wurde Mimi Stilling Jakobsen (Zentrum): früher Kultur, jetzt Soziales. Nachfolger des etwas farblosen Wohnungsministers Niels Bollmann (Zentrum) wurde Thor Pedersen (rechtsliberal). Er gilt

als Senkrechtsstarter und übersprang auf der Karriereleiter einige Kollegen.

Der bisherige Energieminister Knud Enggaard zeichnet jetzt als Innenminister. Er ist Rechtsliberaler. Da auch in den meisten Gemeinden Rechtsliberale an der Spitze stehen, wird ihm zugestanden, an dieser schwierigen Nahtstelle zu reüssieren. Neuer Energieminister wurde der bisherige Sprecher des Finanzausschusses, Sven Erik Hovmand (rechtsliberal).

Aufgrund seiner labilen parlamentarischen Position - das dänische Minderheitskabinett wird in Wirtschaftsfragen von den außerhalb des Koalitionskreises stehenden Linkliberalen unterstützt, in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik wechselt diese Partei aber auf Positionen jenseits der Sozialdemokratie - hat Schlüter bisher Umbesetzungen weitgehend vermieden.

Aus der Volksabstimmung um das EG-Paket ging aber die Koalition gestärkt hervor. Im Kampf um jede Stimme ist Schlüter aber darauf angewiesen, daß auch in den peripheren Ressorts volle Leistung gebracht wird. Schlüters Konservative haben ihre Ministerzahl von acht auf neun erhöht, die Rechtsliberalen behaupten mit acht ihren Besitzstand, während das Zentrum einen Posten abgeben mußte (jetzt drei). Der Versuch der Christlichen Volkspartei, einen zweiten Ministerposten durchzudrücken, wurde abgeblockt.

## Niederlage für Sohn Begins

AP, Tel Aviv

Beim Parteitag der konservativen israelischen Herut-Partei unterlag Benjamin Begin, der Sohn des früheren Ministerpräsidenten, in einer wichtigen Abstimmung dem ehemaligen Verteidigungsminister und derzeitigen Handels- und Industrieminister Ariel Scharon.

Von 56 Prozent der nahezu 2000 Parteitagsteilnehmer wurde Scharon zum Vorsitzenden eines Partiausschusses gewählt, der die Delegierten für Parteikongresse bestimmt. Der 42-jährige Benjamin Begin hatte ebenfalls für diesen einflußreichen Posten kandidiert.

## Neuer französischer Botschafter in Bonn

AFF, Paris

Zum neuen Botschafter Frankreichs in der Bundesrepublik Deutschland hat das Pariser Außenministerium den 57-Jahre alten Diplomaten Serge Boidevaix ernannt. Er hält sich gegenwärtig in Beirut auf, um sich für die im Libanon festgehaltenen französischen Geiseln einzusetzen. In Bonn ist er der bisherige Botschafter Jacques Moritz ab, der die Altersgrenze erreicht hat. Boidevaix arbeitete an den französischen Botschaften in Wien, Washington und Bonn (1964-69), bevor er leitende Funktionen im Außenministerium übernahm.

## In Manila Differenzen über Verfassung

dpa, Manila

Die Frage, ob die Philippinen eine „Revolutionsregierung“ erhalten und damit die auf den früheren Staatschef Ferdinand Marcos zugeschnittene Verfassung außer Kraft gesetzt werden kann, bleibt weiter offen. Das Kabinett, das erstmals seit der Entmachtung von Marcos gestern vollständig unter Vorsitz der neuen Präsidentin Corason Aquino tagte, konnte sich in dieser wichtigen Frage offensichtlich nicht einigen.

Ergebnis der Sitzung ist die Einberufung einer Kommission unter Vor-

Anzeige

**QUICK hat Ihnen mehr zu sagen. Zum Beispiel:**

Zwei Milliarden Mark kostet uns der Asylantenstrom jährlich. Stoppen Sie endlich den Menschenstrom! DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker läßt seine Diplomaten täglich Asylanten aus der Dritten Welt über Ost-Berlin in den Westen der Stadt einströmen. QUICK deckt zum erstenmal auf, wie tief die DDR in das Geschäft mit der Hoffnung hilfloser Menschen verstrickt ist. Und wie Westberliner Anwälte kräftig mithelfen.

Millionen von Bundesbürgern üben sich jetzt in Meditation. Der Schlüssel zur Seele. In uns allen steckt sehr viel mehr als wir uns antun. Meditation macht's möglich: Um Angst zu überwinden, geben Menschen in Deutschland über 750 Grad heiße Kohle. Sie spüren keine Schmerzen und erlösen keine Verrenkungen. In QUICK erfahren Sie, wie und wo Sie lernen können, die Selbstheilungskräfte des Körpers zu entfalten. Und Sie lesen, wie Sie sich ohne fremde Hilfe richtig entspannen können.

**QUICK steht für Qualität.**

sitz von Justizminister Neptali Gonzales, die das Für und Wider einer „Revolutionsregierung“ sorgfältig prüfen soll, wie Präsidentensprecher Rene Saguisag vor Journalisten erklärte. Das Kabinett sei in dieser Frage bisher unterschiedlicher Meinung. Finanzminister Alberto Romulo bezifferte das Haushaltsdefizit allein im 1. Quartal 1986 auf fünf Milliarden Pesos (weit über 500 Millionen Mark). Als Hauptgrund für dieses Defizit nannte er die Ausgaben der Marcos-Regierung im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen.



# BfG:

*Handwritten signature/initials*

**Er hatte von staatlicher Innovationsförderung gehört.**

**Aber nicht davon, daß wir ihm den Papierkrieg abnehmen.**

Der Staat tut viel für die Wirtschaft. Mit rund 300 Programmen werden unter anderem neue Arbeitsplätze, Umweltschutz oder neue Technologien gefördert. Die Vielzahl von Investitionshilfen erfordert eine kompetente und spezialisierte Beratung.

**Reden Sie mit uns. Wir sind Ihre Bank.**

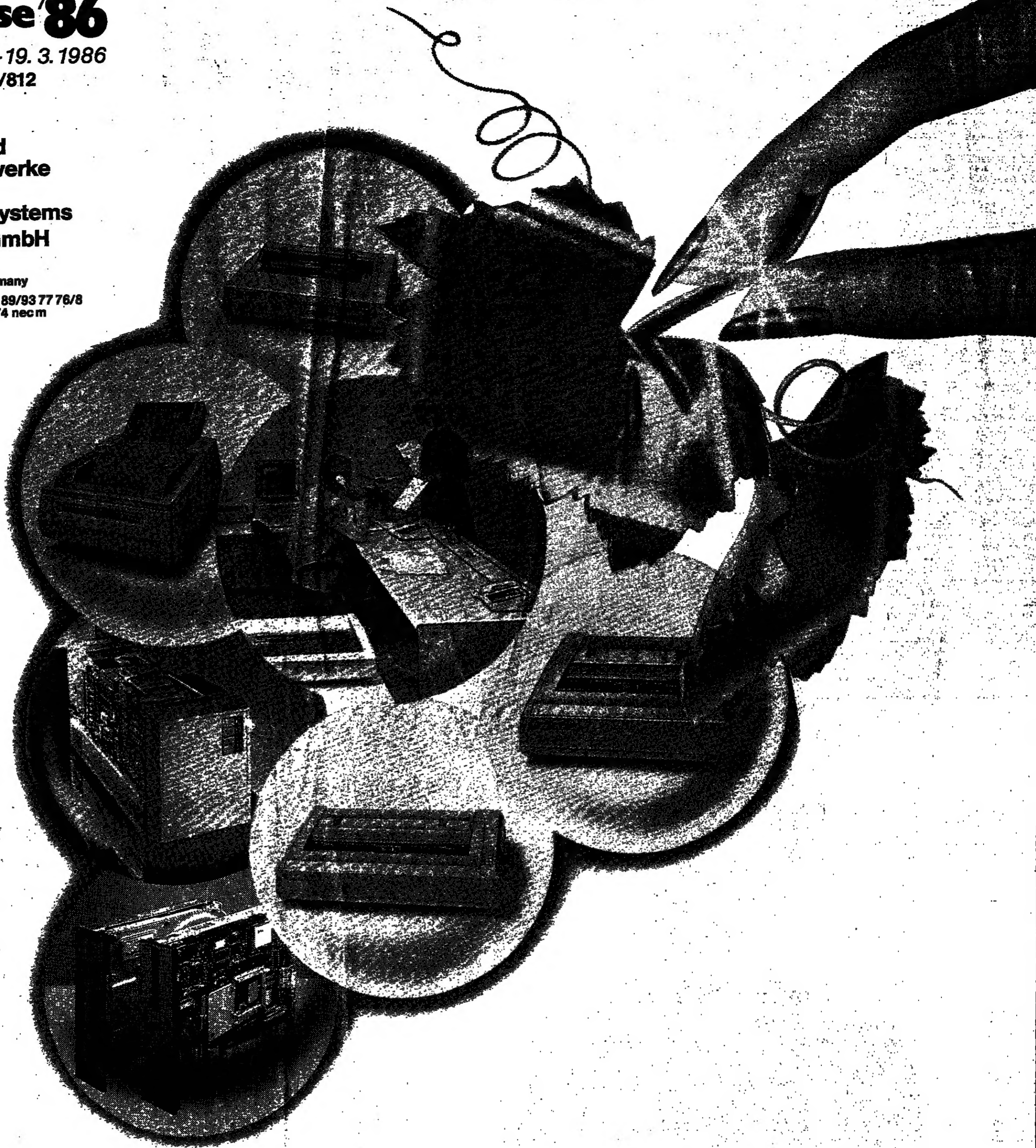
Unsere Firmenkundenbetreuer kennen sich in den öffentlichen Fördermitteln aus. Sie sagen Ihnen genau, welche Programme für Sie in Frage kommen und helfen Ihnen bei den Anträgen. Was dann noch fehlt, ergänzt unser günstiger Investitionskredit. So erhalten Sie die optimale Finanzierung Ihrer betrieblichen Zukunft.

**BfG: Ihre Bank**

**C&C**

Computers and Communications

Besuchen Sie uns:

**Hannover  
Messe '86**CeBIT — 12. - 19. 3. 1986  
Halle 16, Stand 807/812**Drucker  
Floppy Disk- und  
Festplattenlaufwerke****NEC Business Systems  
(Deutschland) GmbH**Klausenburger Straße 4  
8000 München 80 West Germany  
Tel.: 0 89/93 20 41 Telefax: 0 89/93 77 76/8  
Telex: 5 218 073 und 5 218 074 nec m**NEC**

Produkte auf neuestem technologischen Stand, ein jederzeit überzeugendes Preis-/Leistungsverhältnis und absolute Zuverlässigkeit sind die Basis unseres Erfolgs. NEC Business Systems (Deutschland) GmbH wurde innerhalb kürzester Zeit zu einem führenden Unternehmen im Bereich effizient arbeitender Bürosysteme: z. B. Pinwriter mit 24-Nadel-

Präzisionsdruckkopf, Laser-Drucker und Floppy Disk- sowie Festplattenlaufwerke. Auf der CeBIT '86 können Sie diese Geräte und eine Vielzahl weiterer Systeme aus dem Bereich „C & C Computers and Communications“ genauestens unter die Lupe nehmen. Auf dem zukünftigen Stand der Technik. Bei NEC Business Systems (Deutschland) GmbH.

# Früchte des Erfolgs.

## Die eigene Partei schont Stroessner nicht mehr

„Echte“ Demokratie gefordert / Nachfolgefrage wieder aktuell

WERNER THOMAS, Miami  
Nach dem Sturz des haitianischen Diktators Jean-Claude Duvalier versammelten sich 5000 Anhänger der Opposition in Paraguay auf dem Plaza Italia der Hauptstadt Asunción, um das Schicksal zu beschwören. Auch Stroessner wird fallen, skandierten sie im Chor. Oder: „Heute Duvalier, morgen Stroessner und Pinochet.“

Seit Haitis Herrscher und wenige Tage später der philippinische Präsident Ferdinand Marcos die Bühne der Politik verlassen mußten, machen sich die Gegner des deutschstämmigen Generals Alfredo Stroessner Hoffnungen. Der 73-jährige Offizier, der seit fast 32 Jahren regiert, könne schneller als erwartet seine Macht verlieren, meinen sie. Die Ereignisse in Haiti und in den Philippinen hätten Signalwirkung.

Die Spekulationen um die Stroessner-Nachfolge sind allerdings nicht neu. Paraguay vermittelt seit Monaten den Eindruck, daß das Ende einer Ära naht, obgleich der General 1988 eine weitere fünfjährige Amtsperiode anstrebt.

„Was zur Zeit passiert, wäre vor einem Jahr noch unmöglich gewesen“, sagte Humberto Rubin, der Besitzer des einflussreichen Rundfunksenders Radio Nanduti, der das Stroessner-Regime selbst frontal als diktatorisch und korrupt attackieren läßt.

### Colorados gespalten

Letzte Woche ereignete sich jedoch eine bisher unvorstellbare Selbstkritik. Angel Roberto Seifart, ein Abgeordneter von Stroessners Colorado-Partei, verurteilte bei einer aufsehenerregenden Rede in der Provinzstadt Loma Negra den „Machtmißbrauch“ der Regierung. Sie würde dem Ansehen der Colorados schaden. Er forderte Schritte zu einer „echten Demokratie“. 3000 Parteimitglieder spendeten Applaus, unter ihnen Juan Ramon Chavez, der Präsident der „Partido Colorado“.

Die Colorados, die weitaus wichtigste Partei des Landes, der 1,2 Millionen der 3,5 Millionen Paraguayern angehören, sind gespalten, die tiefen Meinungsverschiedenheiten entzündeten sich an der Nachfolgefrage.

Der „militante“ Flügel steht hinter der Herrschaft Stroessners und der Militärs. Stroessners 43 Jahre alter

Sohn Gustave, Oberleutnant der Luftwaffe, und General Andres Rodriguez, Kommandeur des ersten Armee-Korps, gehen als aussichtsreichste Nachfolge-Kandidaten dieser Gruppe.

Auf der anderen Seite versuchen die „Traditionalisten“, den Einfluß der Streitkräfte zurückzudrängen. Sie verlangen zunächst, schon 1988 einen Zivilisten für die Präsidentschaftskandidatur aufzustellen, geben aber wieder nach. Der General kann noch einmal mit ihrer Rücken-deckung rechnen.

### Korruption kritisiert

Die „Traditionalisten“ lancierten auch ein Thema, das bisher lediglich von der Opposition ausgeschlachtet worden war: die Korruption. Paraguay gilt als eines der korruptesten Länder der Welt, der Export von Schmuggelware in die Nachbarstaaten soll mehr als 300 Millionen Dollar im Jahr bringen – etwa soviel wie die legalen Ausfuhr. Die führenden Militärs verdienen Millionen. Der Zentralbank-Skandal schockierte aber selbst den Präsidenten.

Einige Dutzend Personen werden verdächtigt, durch einen raffinierten Umschlagwindel 100 Millionen Dollar verdient zu haben, unter ihnen Bankpräsident Cesar Romeo Acosta. 51 Leute sitzen auf ausdrücklichen Wunsch des Generals im Gefängnis.

Ähnlich wie in Haiti ist die Opposition schwach und desorganisiert. „Es fehlt Geld, es fehlen Presseorgane, es fehlen Köpfe“, analysiert Aldo Zuccolillo die Probleme. „Mehr als 30 Jahre lang standen wir mit dem Rücken zur Wand.“ Er spricht aus Erfahrung: Bis März 1984 verlegte Zuccolillo die größte unabhängige Zeitung Paraguays, „ABC Color“. Dann ließ die Regierung den Verlag für unbestimmte Zeit schließen. „Das Blatt war auf dem Wege der Subversion“, sagte Stroessner damals.

Diplomatische Beobachter in Asunción werten das plötzlich gespannte Verhältnis mit den USA als weiteren Beweis, daß die Stroessner-Ära langsam zu Ende geht. US-Botschafter Clyde Taylor pflegt so offen seine Kontakte zu oppositionellen Kreisen, daß Außenminister Sabino Montanaro eine „Einmischung in die internen Angelegenheiten des Landes“ beklagte.

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 846, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Sachlichkeit

„Kritiker gibt dem Druck nicht nach“, WELT vom 7. März

Sehr geehrte Redaktion,  
mit wohlwunder Sachlichkeit und Klarheit hat Bundeskanzler Kohl in Sachen Paragraph 116 erklärt, daß die Politik im Parlament, nicht aber auf Straßen und Plätzen entschieden werde. Dem kann man nur mit Entscheidung zustimmen.

Was sich zur Zeit die Herren Breit, Mayr, Steinkühler und Genossen leisten, indem sie die Massen mit der wahrheitswidrigen Behauptung, man wolle den Gewerkschaften die Streikfähigkeit nehmen, auf die Straße treiben, grenzt an das Unglaubliche. Dabei vertreten diese Herren nur einen Teil der Arbeitnehmerschaft. Es geht nicht mehr um die Sache, die ausgewogene Rechtsposition der Tarifpartner, sondern um eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse.

In letzter Instanz entscheidet der Wähler. Er sollte aber bedenken, daß wir mit anderen Mehrheitsverhältnissen auf direktem Weg in den Gewerkschaftsstaat gleiten mit einer SPD als willigem Erfüllungsgehilfen.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Hans-Ulrich Lenz,  
Ahrensburg

### Das Dauerthema

„Öffentlicher Dienst mit Lohnvorsprung“, WELT vom 4. März

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft zeichnen sich seit Jahren durch Einseitigkeit aus.

Ein Lohnvorsprung aus den Jahren 1969 bis 1985 besteht nicht (woher auch bei den Einkommens-Nulfrunden). Falsche Behauptungen werden nicht wahrer, wenn sie ständig wiederholt werden.

Überhaupt scheinen die Argumente des Instituts nicht sehr stichhaltig zu sein, wenn man sich darauf verläßt, Angestellte und Beamte auseinanderzudividieren zu wollen. Hier wurden Zahlen in den Raum geworfen, die keiner Nachprüfung standhalten (zum Beispiel welche Einkommensgruppen wurden verglichen?) und unter Fachleuten vollkommen unrealistisch sind.

Wie weit beamtete Ingenieure von einem Einkommensvorsprung entfernt sind, zeigt folgende Tatsache: Ab 1. Januar 1984 müssen technische

Beamte, um ihren Anspruch auf Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeitsrente aufrecht zu erhalten, monatlich vom Nettoeinkommen etwa 100 Mark an die BfA oder LVA zahlen. Diese private Vorsorge wird damit „belohnt“, daß 80 Prozent der Altersrente von der Pension abgezogen werden! – Lohnvorsprung?

Mit freundlichen Grüßen  
Dipl.-Ing. Heinz Schuler,  
Zentralverband der Ingenieure des öffentlichen Dienstes, Helgoland \*

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die meisten Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes haben in den letzten Jahren einseitige Sonderopfer leisten müssen (Haushaltsstrukturgesetz).

In dem Artikel wird der Eindruck erweckt, daß jeder Beamte in der Besoldungsgruppe A 12 ist und 3779,36 Mark im Monat verdient. Dieses trifft nicht zu. Bei der Deutschen Bundesbahn sind 90 Prozent der Beamten im einfachen und mittleren Beamtendienst tätig. Sie erhalten für ihre Arbeit rund um die Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen zwischen 1600 und 2000 Mark.

Mit freundlichen Grüßen  
Harald Tesch,  
Hamburg 66

### Wen wundert es?

„Eine neue Kraft wäre für den Kapitalismus der Tod“, WELT vom 4. März

Sehr geehrte Damen und Herren,  
stellen Sie sich einmal vor, wir hätten einen Außenminister, der sich auch um die Deutschen in der UdSSR, Polen, CSSR oder in Rumänien kümmern würde.

Stellen Sie sich einmal vor, dieser würde sich auch um die Interessen der Deutschen in Namibia kümmern.

Ich öffne schnell wieder die Augen, denn wo bleiben denn die wunderbaren Trinksprüche, wie zuletzt im schönen Karlsbad beim Treffen Gen-

### Wort des Tages

„Zwischen den Stühlen zu sitzen ist in Wahrheit der anständigste Platz, den es gibt.“

Moritz Heimann, deutscher Autor (1868–1925)

## Personalien

### VERANSTALTUNG

Eine illustre Runde amerikanischer Verleger und Literaturagenten fand sich in der Bibliothek des exklusiven New Yorker Lotos-Clubs bei einem Empfang zusammen, zu dem WELT-Herausgeber Dr. Herbert Kremp geladen hatte. Unter den rund 60 Gästen waren leitende Vertreter renommierter Unternehmen wie Farrar, Strauss, Giroux, Harcourt, Brace, Jovanovich, Doubleday und Curtis Brown, der größten literarischen Agentur in der westlichen Welt. Kremp erläuterte der Runde, die gemeinsam die Rechte von mehreren hundert zeitgenössischen Autoren im angelsächsischen Bereich verwaltet, daß die WELT sich in Zukunft stärker großen internationalen Stoffen aus allen bibliographischen Sparten, besonders aber auf zeitgeschichtlichem Gebiet, öffnen wird. Sowohl Verleger wie Agenten bekundeten lebhaftes Interesse an dieser neuen Initiative.

### ERNENNUNGEN

Claus Sönksen, bisheriger Leiter des Frankreich-Referates in der Auslandsabteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, geht als Generalkonsul nach Kalkutta. Der Jurist, Jahrgang 1933, wurde seinerzeit von dem früheren Regierenden Bürgermeister Willy Brandt von Berlin mit nach Bonn in das Auswärtige Amt genommen. Dort blieb er bis 1969. Nach einer kurzen Zwischenstation im Bundeskanzleramt ging Sönksen anschließend fünf Jahre an die Deutsche Botschaft nach Washington. 1975 bis 1979 war er „zweiter Mann“ an der Botschaft in Bangkok. Von 1979 bis 1982 leitete er das Pressereferat der Deutschen Botschaft in Paris. Danach erfolgte seine Ernennung für das Bundespres-

seamt.  
Wolfgang Endemann wurde zum neuen Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg in Mannheim berufen. Der 55-jährige wird Nachfolger von Helmut Fuchs, der Ende letzten Jahres in den Ruhestand ging. Endemann gehörte dem Verwaltungsgerichtshof bereits in den Jahren von 1971 bis 1978 als Richter im „Ersten und Vierten Senat“ an. Seit 1978 war er

Präsident des Verwaltungsgerichts Karlsruhe.

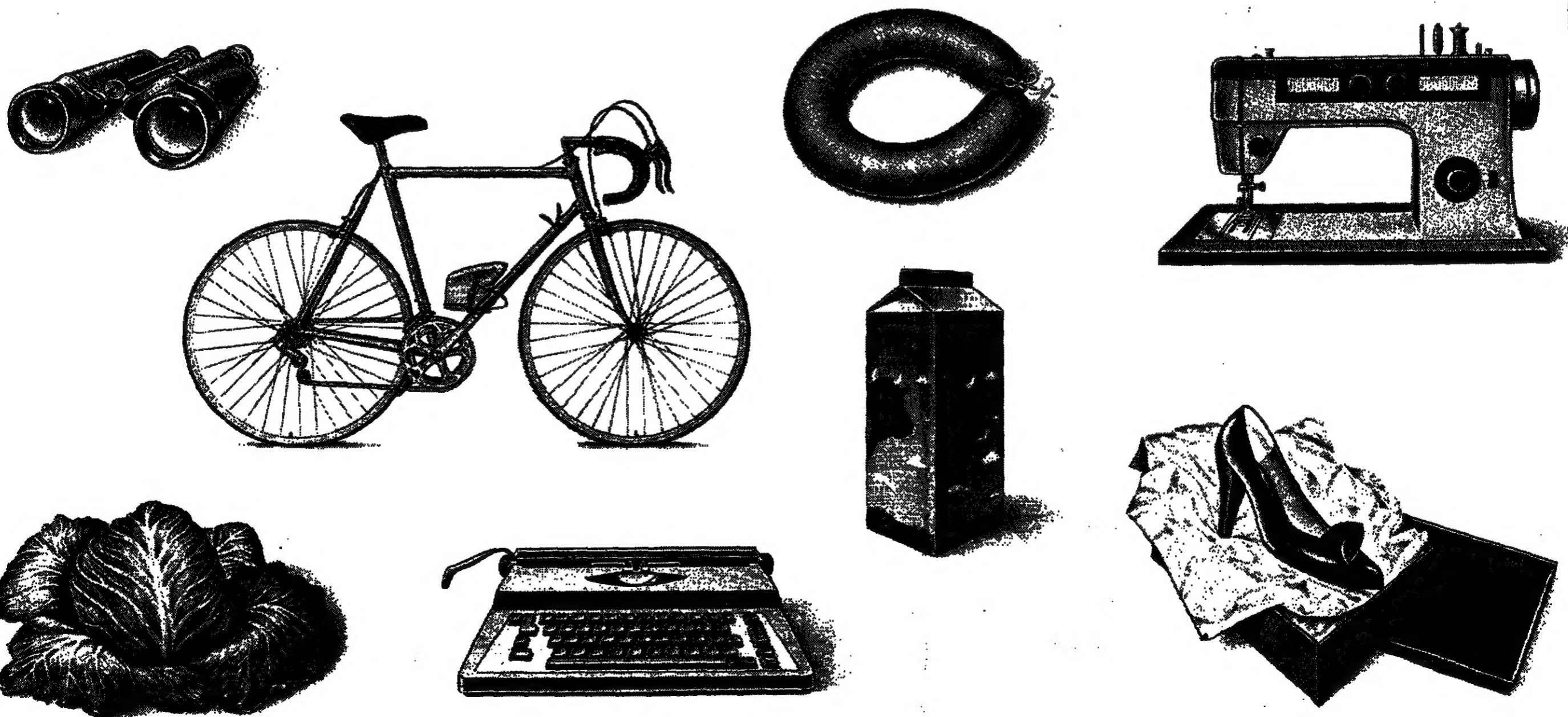
### GEBURTSTAGE

Pilar Prinzessin von Bayern wird heute in München 95 Jahre alt. Noch heute lebt die Urenkelin des Bayern Königs Ludwigs I. in einem Flügel des Schlosses. Ihre Mutter, Maria de la Paz, war eine Infantin von Spanien. Spaniens König Juan Carlos ist deshalb Großnichte der Prinzessin. Die hochbetagte Münchenerin hatte bereits seit ihrem zehnten Lebensjahr begonnen, Kunstgeschichte zu studieren. Zu ihrem Geburtstag werden in der Schwabinger Galerie Rose Lärch ihre Aquarelle und Gemälde ausgestellt.

Barbara Genscher, Frau des Außenministers, feierte gestern ihren 50. Geburtstag. Ihr zülfelie hatte Hans-Dietrich Genscher sämtliche Termine, auch Fernsehinterviews zum NATO-Referendum in Spanien, abgesagt. Statt dessen hatten die Genschers „Open Haus“ in Pech.

### KANZLERAMT

Hannelore Kohl, Vorsitzende des Kuratoriums ZNS für Unfallverletzte mit Schäden des zentralen Nervensystems, hat in Bonn gestern von der Pfläzischen Verlagsanstalt Landau einen Scheck in Höhe von 150 000 Mark erhalten. Das Geld stammt aus dem Erlös des Buches „Was Journalisten berichten“. Das Kochbuch von Hannelore Kohl mit mehr als 200 Rezepten von Journalisten hat sich im Buchhandel als Renner erwiesen. Vom Preis in Höhe von 24,80 Mark werden pro Buch zehn Mark als Spende an das Kuratorium abgegeben. Im Kanzlerbungalow dankte Frau Kohl dem Verlag, der in diesen Tagen eine neue Auflage vorbereitet. Das Kuratorium ZNS hat bisher 800 000 Mark für hochqualifizierte Geräte an Rehabilitationszentren weitergegeben. Außerdem wurden 465 Patienten in entsprechende Rehabilitationsplätze vermittelt. Noch einmal appellierte Hannelore Kohl an die Jugendlichen, sich rücksichtsvoll im Straßenverkehr zu verhalten. Bei den 15- bis 25-jährigen sei der Verkehrsunfall Unfallursache Nummer eins.



## Und wer hat den Käse zum Bahnhof gerollt? Brummi.

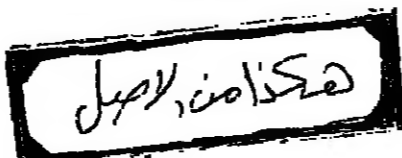
Brummi ist nun mal der moderne Güterzug, der die flächendeckende Versorgung garantiert. Klar: Da, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, rollt Brummi auch schon mal – samt Fracht – über die Schienen. Aber dank Brummi sind Bahnhöfe nicht End-, sondern nur Zwischenstation.

Also geht's weiter, direkt bis vor die Tür des Kunden. Mit Brummi kommt eben alles auf dem schnellsten Weg dort an, wo es benötigt wird. Pünktlich und ohne viel Umstände.

Brummi.  
Da bleibt kein Wunsch  
auf der Strecke.



Die selbständigen Transportunternehmer und Kraftwagenspediteure im Fernverkehr (BDF).



## Was einst hoffnungslos war, kann man heute heilen

Die Zusammenarbeit verschiedener medizinischer Disziplinen führt zu Erfolgen bei der Therapie von Lungenmetastasen

Von BERND KOCH

Immer häufiger gehen die Ärzte dazu über, Metastasen in der Lunge operativ zu behandeln. War man noch bis vor ein paar Jahren zurückhaltend, wenn Tochtergeschwülste in der Lunge festgestellt wurden, so ist die Chirurgie heute ein wesentlicher Bestandteil der Lungenkrebstherapie. Dies wurde während einer interdisziplinären Debatte von Tumorspezialisten, Radiologen und Chirurgen auf dem diesjährigen Kongress der Gesellschaft für Herz-, Thorax- und Gefäßchirurgie in Bad Nauheim deutlich.

Metastasen siedeln sich in bestimmten Organen an

Tochtergeschwülste (Metastasen) entstehen, wenn ein Primärtumor Krebszellen absendet, die sich im Körper ausbreiten und in anderen Organen festsetzen und vermehren. Eine körpereigene Zelle ist durch eine in den Genen festgelegte Programmierung in der Lage, ihren Wachstumsprozess zu einem vorgegebenen Zeitpunkt abzuschließen. Diese Fähigkeit haben Krebs- und somit auch Metastasenzellen verloren.

Es hat sich gezeigt, daß diese ausgetretenen Zellen bestimmte Organe bevorzugen. Diese Bevorzugung ist wiederum abhängig von der Art des

Primärtumors. An ihrem Bestimmungsort angelangt, wachsen diese fehlprogrammierten Zellen in das gesunde Gewebe ein, teilen sich unaufrichtig und bilden neue Gefäße. Diese Prozesse versucht man bei der Krebstherapie zu unterbinden.

Man weiß heute, daß ganz bestimmte Tumore bevorzugt Tochtergeschwülste in der Lunge bilden. Am häufigsten sind dies Nieren-, Hoden-, Dickdarm- und Brustkrebs. Es können über 10 Jahre vergehen, bis eine solche Metastase sich bemerkbar macht. Sie befindet sich sozusagen im Ruhezustand bis zum Auftreten von Symptomen. Ist bei einem Patienten eine Krebserkrankung zum Beispiel am Hoden oder Dickdarm entfernt worden, wird er daher einer intensiven Nachkontrolle unterzogen. Mit Hilfe radiologischer Untersuchungsverfahren kann man die Lungenlappen durchleuchten und Metastasen feststellen, wenn sie einen Durchmesser von mindestens fünf Millimetern haben.

Bis zum Ende der 70er Jahre wurden Lungenmetastasen meistens als unheilbares Endstadium einer Krebserkrankung angesehen. Durch eine kombinierte Anwendung von Chirurgie, Medikamenten und Bestrahlung sind heute jedoch Therapieerfolge möglich. Mit Hilfe der Chirurgie lassen sich große Metastasen entfernen. Verbliebene Kleingeschwülste, die

vom Operateur nicht festgestellt werden können, sind anschließend einer Chemotherapie oder Bestrahlung zugänglich.

Vielfach ist eine genaue Bestimmung der Anzahl von Tochtergeschwülsten vor der Operation nicht möglich. Der Chirurg wählt dann einen operativen Zugang in der Mitte des Brustkorbes, um so beide Lungenflügel untersuchen und gegebenenfalls operieren zu können. Häufig werden während der Operation mehr Metastasen entdeckt, als vorher röntgenologisch nachgewiesen wurden.

Der Chirurg muß die gesamte Lunge absuchen

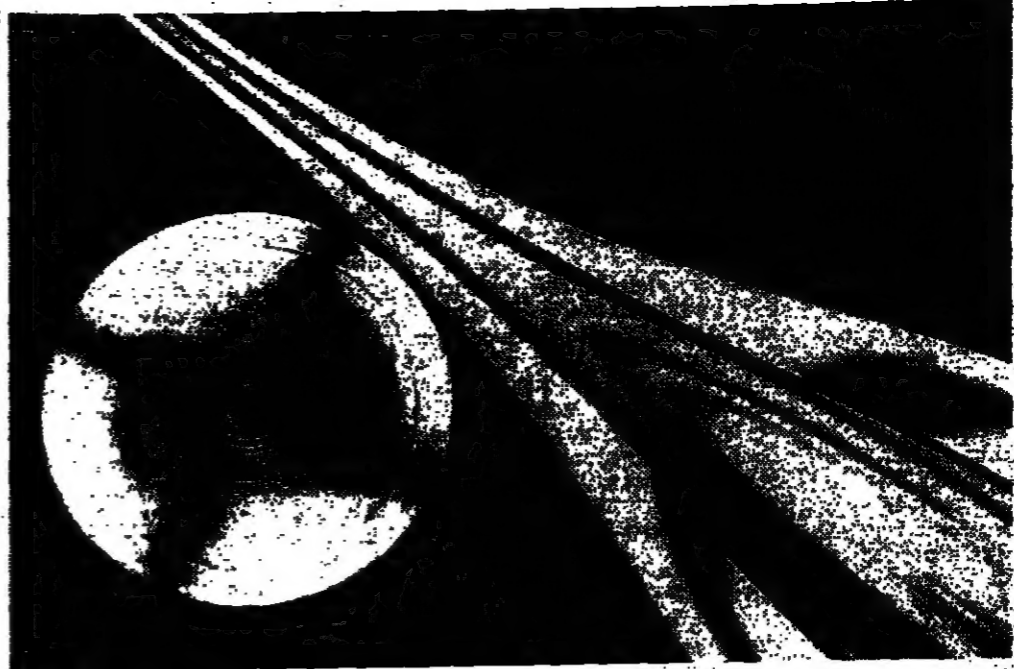
In bis zu 60 Prozent der Fälle befinden sich die Metastasen in der Lungenperipherie. Bei einer durchschnittlichen Größe von 0,5 bis 3 Zentimetern muß der Chirurg die Lunge sehr genau untersuchen, um alle Metastasen aufzufinden. Bei der Entfernung versucht er, so viel gesundes Lungengewebe zu belassen wie möglich. Die Zahl der Todesfälle während dieser Eingriffe liegt unter einem Prozent. Das Problem ist also nicht die Schwere der Operation, sondern die vollständige Entfernung aller Metastasen, deren Zahl bis zu 20 betragen kann.

Die Erfolgsaussichten hängen aber

nicht nur von der Gründlichkeit der Operation ab, sondern auch von der Schnelligkeit des Tumorwachstums, von der Anzahl der Metastasen und der Empfindlichkeit auf Medikamente und Bestrahlung. Faßt man alle Tumorarten zusammen, so ergibt sich für die Patienten eine Chance von 50 Prozent, mindestens 5 Jahre zu überleben. Diese Durchschnittszahl kann aber weit über- bzw. unterschritten werden kann, je nach Tumorart. Das Spektrum reicht von 20 bis 90 Prozent.

Die entnommenen Gewebeproben werden nach der Operation von einem Pathologen untersucht. Nur so kann letztlich festgestellt, ob es sich wirklich um eine Absiedlung eines bekannten Primärtumors oder etwa um eine völlig neue Krebserkrankung handelt. Ausgehend von den entfernten Krebszellen lassen sich Zellkulturen anlegen. Daran werden Versuche unternommen, um die Empfindlichkeit des jeweiligen Zelltyps gegen bestimmte Medikamente festzustellen. So kann man dann dem Patienten das Mittel verordnen, das am besten geeignet ist, die verbliebenen Krebszellen abzutöten.

Nur die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Ärzte ermöglicht es also letztlich, Patienten von ihrem Leiden zu heilen oder zumindest ihre Überlebenszeit wesentlich zu verlängern.



Das Glasfaserkabel einmal aus anderer Sicht: Ein Querschnitt durch den einen oder mehreren dicken Lichtleiter (links) zeigt die zahlreichen Schichten, die mit ihren unterschiedlichen Brechungsindizes das Licht quasi gefangenhalten, auch wenn es um die Ecke geht. Rechts ist die Glasfaser während des Herstellungsvorganges, des sogenannten Ziehens, zu sehen.

Foto: S. 234/85

## Ein Buch geht in Sekunden über den Draht

Digitaltechnik im Fernmeldebetrieb macht das Telefon zum Kommunikationszentrum

Von MICHAEL JACH

Telefonieren, Fernschreiben, Fernkopieren, Datenfernübertragung, Bildübermittlung - bis zu acht verschiedene Arten der Telekommunikation können in Zukunft über ein „normales“ Telefon genutzt werden. Möglich wird die Zusammenführung der entsprechenden, bisher getrennt betriebenen Leitungssysteme der Deutschen Bundespost durch den fortschreitenden „Umbau“ des Fernmeldebetriebs von der Analog- zur Digitaltechnik. Nach Abschluß zweier Pilotprojekte in Stuttgart und Mannheim soll von 1988 an das umfassende Digitalnetz ISDN (Integrated Services Digital Network) bundesweit in Betrieb gehen und vor allem bürotechnische Arbeitsabläufe erheblich rationalisieren.

Denn künftig werden die bisher getrennt zu bedienenden Endgeräte wie Fernschreiber, Fernkopierer, Datentelefon mit dem „klassischen“ Telefon selbst als Peripheriegeräte unmittelbar gekoppelt und gleichsam um einen einzigen Schreibtisch gruppiert.

Während die Übertragungskapazität des Netzes bisher bis zu 2,4 Kilobit je Sekunde betrug (1 Kilobit = 1000 einzelne Daten- oder Sprachimpulse), so wird sie im ISDN-System auf 64 Kilobit gesteigert. Das bedeutet zum Beispiel für Büroforschreiben (Telex) eine Übermittlungsbeschleunigung je Schreibmaschinenseite von

jetzt etwa zehn auf nur noch eine halbe Sekunde.

Auf einem Fachkongress „Neue Informations- und Kommunikationstechniken in der Anwendung“, den die Konrad-Adenauer-Stiftung jetzt zum Auftakt der CeBIT-Elektronikmesse in Hannover veranstaltete, gab Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling einen Überblick über die verschiedenen Dienstangebote der Post, die mit dem ISDN-Netz in großer Breite - im Prinzip für jeden der jetzt 26 Millionen Telefonanschlüsse - nutzbar werden.

- ISDN-Fernschreiber: Das herkömmliche Telefon selbst überträgt die Sprache besser - „bis hin zur Rundfunkqualität“.

- ISDN-Telex: Drastischer Zeitgewinn beim Büroforschreiben.

- ISDN-Telefax: Beim Fernkopieren wird die Übermittlungszeit von Minuten auf Sekunden reduziert, die Wiedergabe der Kopiervorlage nähert sich der „Schreibmaschinenqualität“.

- ISDN-Textfax: Dieser neue Dienst wird Telefax und Telex verbinden und komplette Dokumente mit Briefkopf, Skizzen und Unterschrift übermitteln.

- ISDN-Datenübertragung: Vor allem sie profitiert von der gesteigerten „Transportgeschwindigkeit“.

- ISDN-Bildschreiber: Mit dem 64-Kilobit-Betrieb werden Bsp-Bilder sekundenschnell abgebildet. Möglich wird die Übertragung von Fotos.

- ISDN-Bildübermittlung: Mehrere

neue Bilddienste - Fernsehbilder und -skizzen, Standbilder und langsame Bewegtbilder - zeichnen sich ab.

- ISDN-Faxen: „Fernschreibdienste“ wie automatisches Bildübertragen, Regeln von Klimateilern, Alarmanlagen, Parkleitsysteme, die derzeit noch im „alten“ Netz erspart werden.

Vom Anfang der 80er Jahre an, mit zunehmender Glasfaserverkabelung und nachfolgendem Übergang von dargestellten „Schreibbildern“ auf „Breitband“-ISDN, ist zudem die Verbreitung des Bildtelefons zu erwarten. Die Kapazität der Leitungen wird dann gegenüber dem jetzt verfügbaren Kupferkabel-ISDN noch mehrmals um das 200fache (auf 144 Megabit) gesteigert. Das Bundespostministerium umschreibt die Übermittlungsgeschwindigkeit so: Ein Telefonbuch mit 500 000 Einträgen geht in 15 Sekunden „über den Draht“.

Der Nutzen vor allem für Geschäftsverkehr und Wissenschaftsaustausch liegt auf der Hand. Doch die Nutzungskosten bleiben vorerst extrem hoch. Deshalb wird der direkte Teilnehmerzugang zum im Ausbau befindlichen Glasfaser-Netz bis 1987 zunächst bedarfsorientiert in 39 wichtigen städtischen Zentren geschaffen. Bei weiterer Verdichtung der Glasfasernetze oder „Overlay“-Netze und bei sinkenden Preisen für vermehrte Anschlüsse steht eines noch fernere Tages endlich die Zusammenführung mit den Netzen der Kabelnetze am Horizont.

## NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

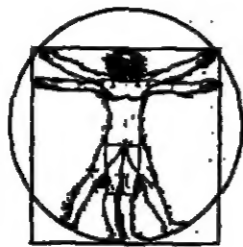
### Mehr Kopfschmerzen

München (dpa) - Etwa eineinhalb Millionen Bundesbürger leiden unter Kopfschmerzen, und die Zahl nimmt ständig zu, berichten Neurologen am Dienstag in München. Nur zu oft versuchten Kranke, sich mit Hilfe von rezeptfrei erhältlichen Schmerzmitteln selbst zu kurieren. Den wenigsten sei bekannt, daß starker Schmerzmittelgebrauch wiederum zu Kopfschmerzen führen könne. Dabei sei der Kopfschmerz oft eine Antwort des Körpers auf andere Leiden wie Rheuma, Zahnschmerzen oder Veränderungen der Halswirbelsäule, die nur der Arzt erkennen könne.

### Neuer Naturpark

Bornheim (DW) - Auf einer Fläche von rund 770 Quadratkilometern

soll im Südwesten Nordrhein-Westfalens in den nächsten 15 Jahren der neue Naturpark Kottenforst-Ville entstehen. Das sieht der „vorläufige Maßnahmeplan Kottenforst-Ville“



vor, den der Landschaftsverband Rheinland (LVR) jetzt vorgestellt hat. Das ausgedehnte Gebiet, das von der rheinland-pfälzischen Landesgrenze bis nach Neuss und über den Ville-Höhenzug bis nach

Zülpich im Westen reicht, soll als „grüne Lunge“ den über zwei Millionen Menschen im Ballungsraum Köln-Bonn Naherholungsgebiete sichern und die ökologische Leistungsfähigkeit der Landschaft verbessern. Durch die Ausdehnung weit über die Grenzen des alten Naturparks Kottenforst um Bonn hinaus wird gleichzeitig ein Übergang zum Naturpark Norddeifel geschaffen.

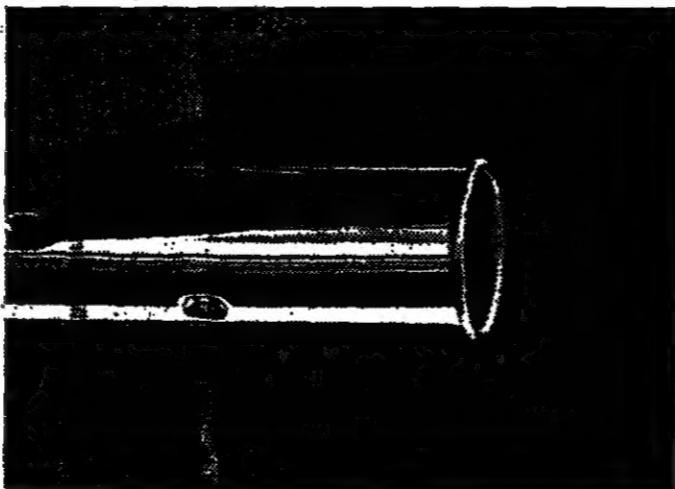
### Sonnenkraft-Fernseher

Tokio (Kar) - Ein mit Sonnenenergie betriebenes Fernsehgerät für Gebiete ohne Stromversorgung hat jetzt die japanische Firma Sanyo entwickelt. Die Anlage besteht aus einer 80 mal 120 cm großen Platte mit Solarzellen, einem 14-Inch-Fernseher und einer kleinen aufladbaren Batterie für den Betrieb bei

Nacht oder bei Bewölkung. Nach Anlaufen der Massenproduktion soll das Gerät zwischen 1500 und 2500 Mark kosten. Die Solarzellen ermöglichen in Gegenden mit 2000 bis 2500 Sonnenstunden jährlich, also auch hierzulande, einen Betrieb von vier bis fünf Stunden täglich.

### Schlaganfälle

Atlanta (nyk) - Die meisten Schlaganfälle geschehen zwischen 8 und 9 Uhr morgens, wie jetzt Thomas Robertson vom Nationalen Gesundheitsdienst der USA statistisch ermittelt hat. Er vermutet, daß der durch das Wecken und Aufstehen ausgelöste Stress und der Blutdruckanstieg an dieser Häufung schuld sind. Eine ähnliche zeitliche Korrelation ist auch bereits beim Herzinfarkt gefunden worden.



# Erst die Lambda-Regelung macht den Katalysator zur saubersten Lösung.

Wer sauber fahren will, kann schon heute über eine Technik verfügen, die Schadstoffe um bis zu 90% senkt: den Drei-Wege-Katalysator mit der von Bosch entwickelten Lambda-Regelung.

Viele Autofahrer sind von der Diskussion über das saubere Auto verunsichert. Sie wollen erst mal abwarten. Aber das nützt weder der Umwelt noch dem einzelnen Autofahrer.

Der Lambda-geregelte Drei-Wege-Katalysator ist heute und in absehbarer

Zukunft die sauberste Lösung für den Benzinmotor. Er senkt die Schadstoffbelastung um bis zu 90%.

„Geregelt“ deshalb, weil die Bosch Lambda-Regelung ständig für eine Zusammensetzung des Abgases sorgt, mit der der Katalysator am besten fertig wird. Dazu mißt die Lambda-Sonde im Auspuff den Sauerstoffgehalt des Abgases. Die Elektronik der Benzineinspritzung regelt daraufhin das ideale Kraftstoff-Luft-Gemisch für den Motor.

Dadurch wird der Katalysator bei

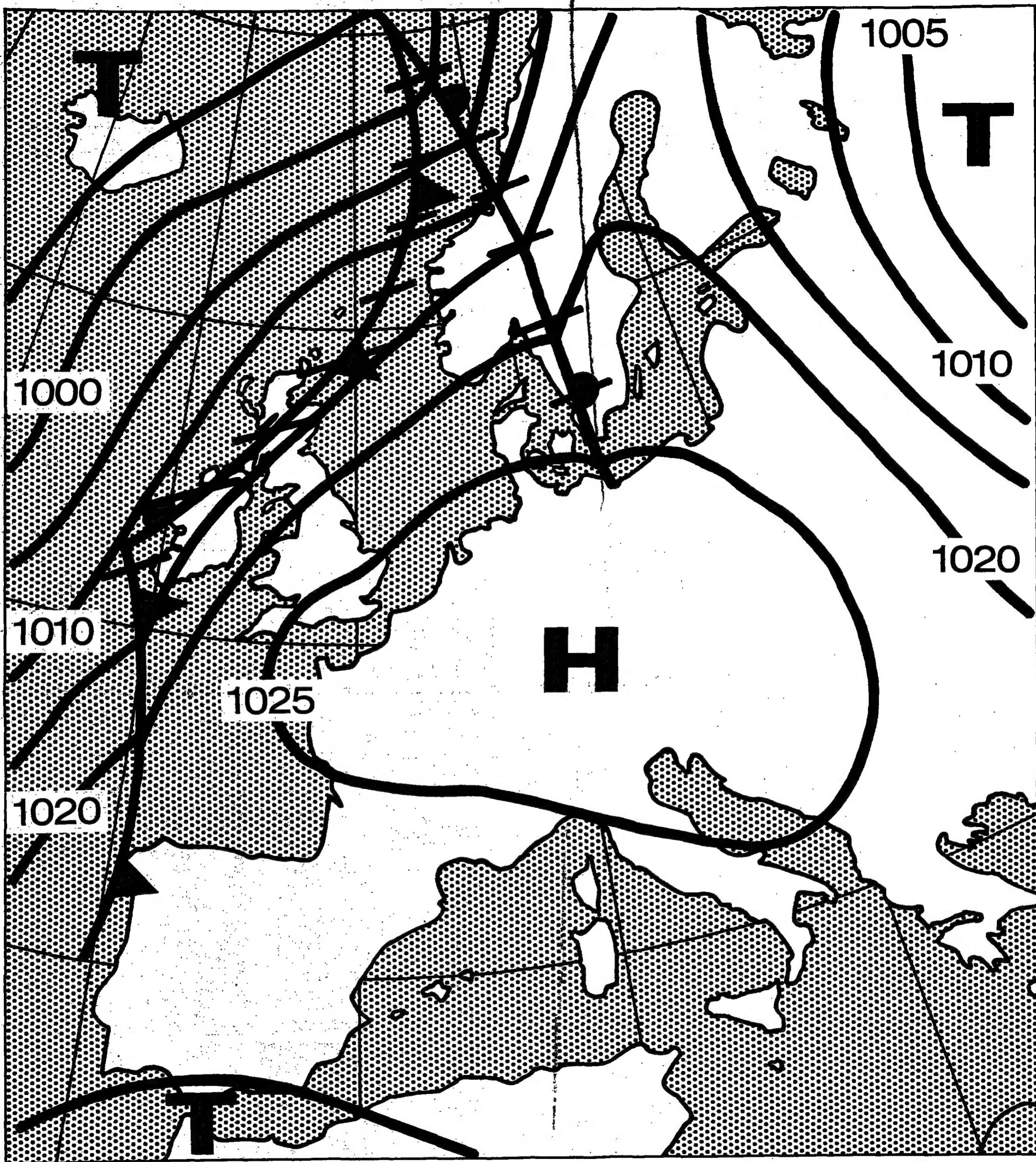
allen Fahrzuständen im optimalen Arbeitspunkt betrieben. Er arbeitet wirkungsvoller und reduziert alle schädlichen Abgaskomponenten gleichzeitig.

Der Lambda-geregelte Katalysator hilft nicht nur der Umwelt. Der Autofahrer kommt auch in den Genuß der Steuerbefreiung für „schadstoffarme“ Autos, immerhin bis zu 2 200 Mark.



**BOSCH**

# Das Swissair-Hoch über Europa dehnt sich aus und verstärkt sich.



Ausgesprochen schön, wie sich Europa für die Swissair-Passagiere präsentiert: mit hohen Frequenzen und zahlreichen Anschlüssen nach 50 europäischen Städten in 26 europäischen Ländern. Was ausserdem die Reise- lust erhöhen dürfte, ist der freundliche Service in der Luft und am Boden. Weitere erfreuliche Entwicklungen für Europa: Ab 31. März 1986 fliegt die Swissair je zweimal wöchentlich nach Tirana\* und Malta und fünfmal pro Woche nach Birmingham.

**swissair**

\*Vorbehaltlich Genehmigung















# Das Telebrief-Netz

**Telefax für alle – überall hin, sogar in über 40 Länder.**

Endlich kann jeder telefaxen. Wer selbst kein Telefaxgerät hat, geht einfach zur Post – genauer gesagt zu einem Telebrief-Postamt und schickt dort seine Fernkopie auf die Reise, den „Telebrief“. Das Original erhalten Sie zurück. Die Kopie kann Ihr Geschäftspartner direkt empfangen, wenn er ein Telefaxgerät hat. Ansonsten wird der Telebrief im verschlossenen Umschlag zugestellt. Auf Wunsch als Eilbrief, noch am gleichen Tag. Und er kann selbsterständlich auch beim Telebrief-Postamt des Empfängers abgeholt werden. Wenn Sie also Briefe, Dokumente, Verträge, Urkunden, Zeichnungen, Pläne oder andere Vorlagen (bis zum Format DIN A4) blitzschnell übermitteln wollen: per Telebrief.

Fragen Sie bei Ihrer Post nach der Anschrift des nächsten Telebrief-Postamtes.

LINTAS 6.651

**Post**

**Telefax für alle –  
überall hin, sogar  
in über 40 Länder.**

Endlich kann jeder telefaxen. Wenn selbst kein Telefaxgerät hat, geht einfach zur Post – genauer gesagt zu einem Telebrief-Postamt und schickt dort seine Fernkopie auf die Reise, den „Telebrief“. Das Original erhalten Sie zurück. Die Kopie kann Ihr Geschäftspartner direkt empfangen, wenn er ein Telefaxgerät hat. Ansonsten wird der Telebrief im verschlossenen Umschlag zugestellt. Auf Wunsch als Eilbrief, noch am gleichen Tag. Und er kann selbstverständlich auch beim Telebrief-Postamt des Empfängers abgeholt werden. Wenn Sie also Briefe, Dokumente, Verträge, Urkunden, Zeichnungen, Pläne oder andere Vorlagen (bis zum Format DIN A4) blitzschnell übermitteln wollen: per Telebrief.

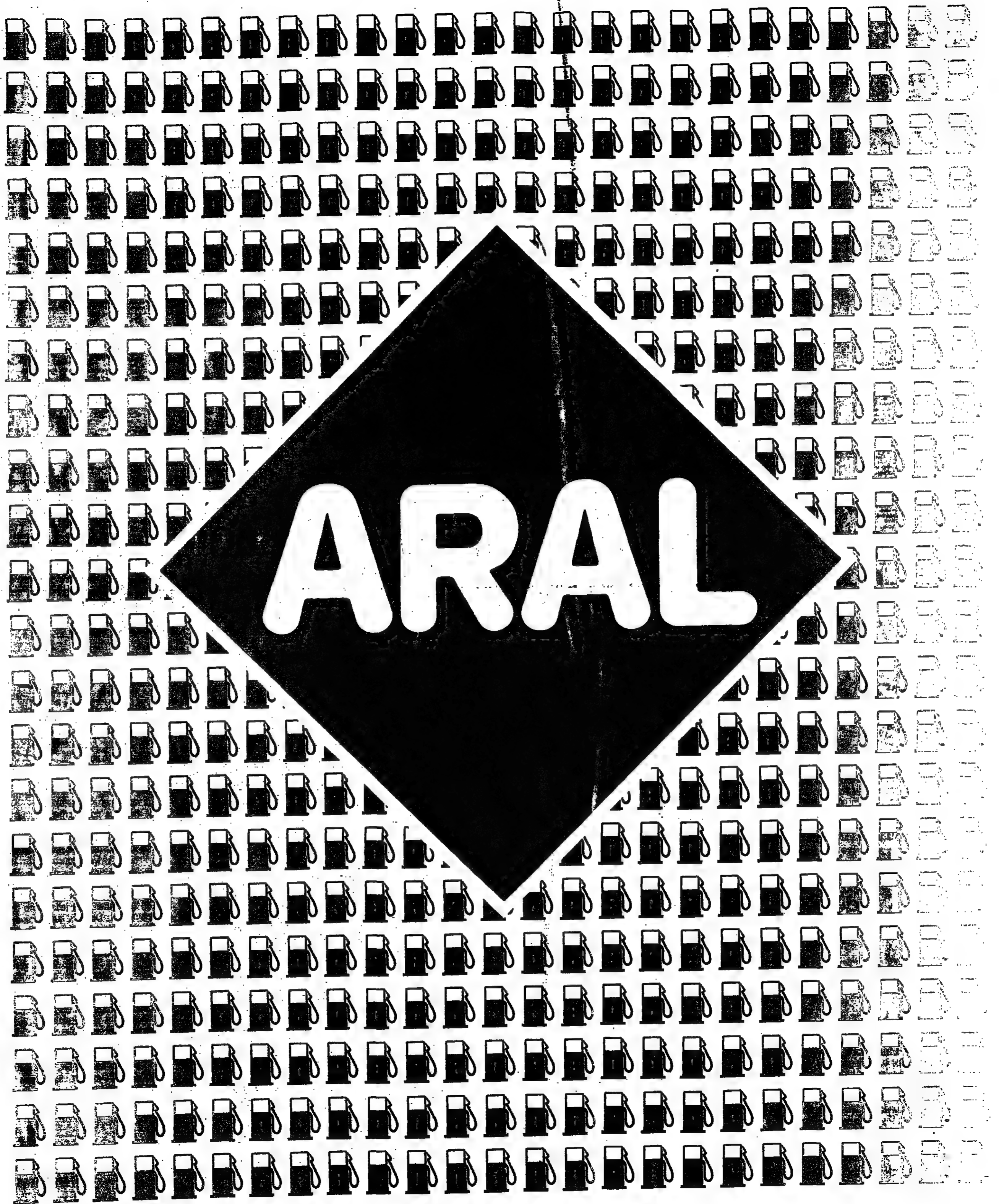
Fragen Sie bei Ihrer Post nach der Anschrift des nächsten Telebrief-Postamtes.



LINTAS 6.65



Steigen Sie um auf Bleifrei. Aber bleiben Sie bei Qualität.  
Aral bleifrei schon über 1600mal in Deutschland.



Ihr Autopartner mit dem größten Bleifrei-Netz und 30 Jahren Bleifrei-Erfahrung.  
Bleifrei-Verzeichnis an Aral-Tankstellen und über Btx -24444 #



erstag, 13. März 1988

an Conoco 12,5  
an Shell 12,5  
an Agip 12,5  
an Esso 12,5  
an Mobil 12,5  
an Total 12,5  
an Elf 12,5  
an Repsol 12,5  
an Arco 12,5  
an Amso 12,5  
an Castrol 12,5  
an Valvoline 12,5  
an Pennzoil 12,5  
an Quaker 12,5  
an Shell 12,5  
an Agip 12,5  
an Esso 12,5  
an Mobil 12,5  
an Total 12,5  
an Elf 12,5  
an Repsol 12,5  
an Arco 12,5  
an Amso 12,5  
an Castrol 12,5  
an Valvoline 12,5  
an Pennzoil 12,5  
an Quaker 12,5

Wien

an Conoco 12,5  
an Shell 12,5  
an Agip 12,5  
an Esso 12,5  
an Mobil 12,5  
an Total 12,5  
an Elf 12,5  
an Repsol 12,5  
an Arco 12,5  
an Amso 12,5  
an Castrol 12,5  
an Valvoline 12,5  
an Pennzoil 12,5  
an Quaker 12,5

Zürich

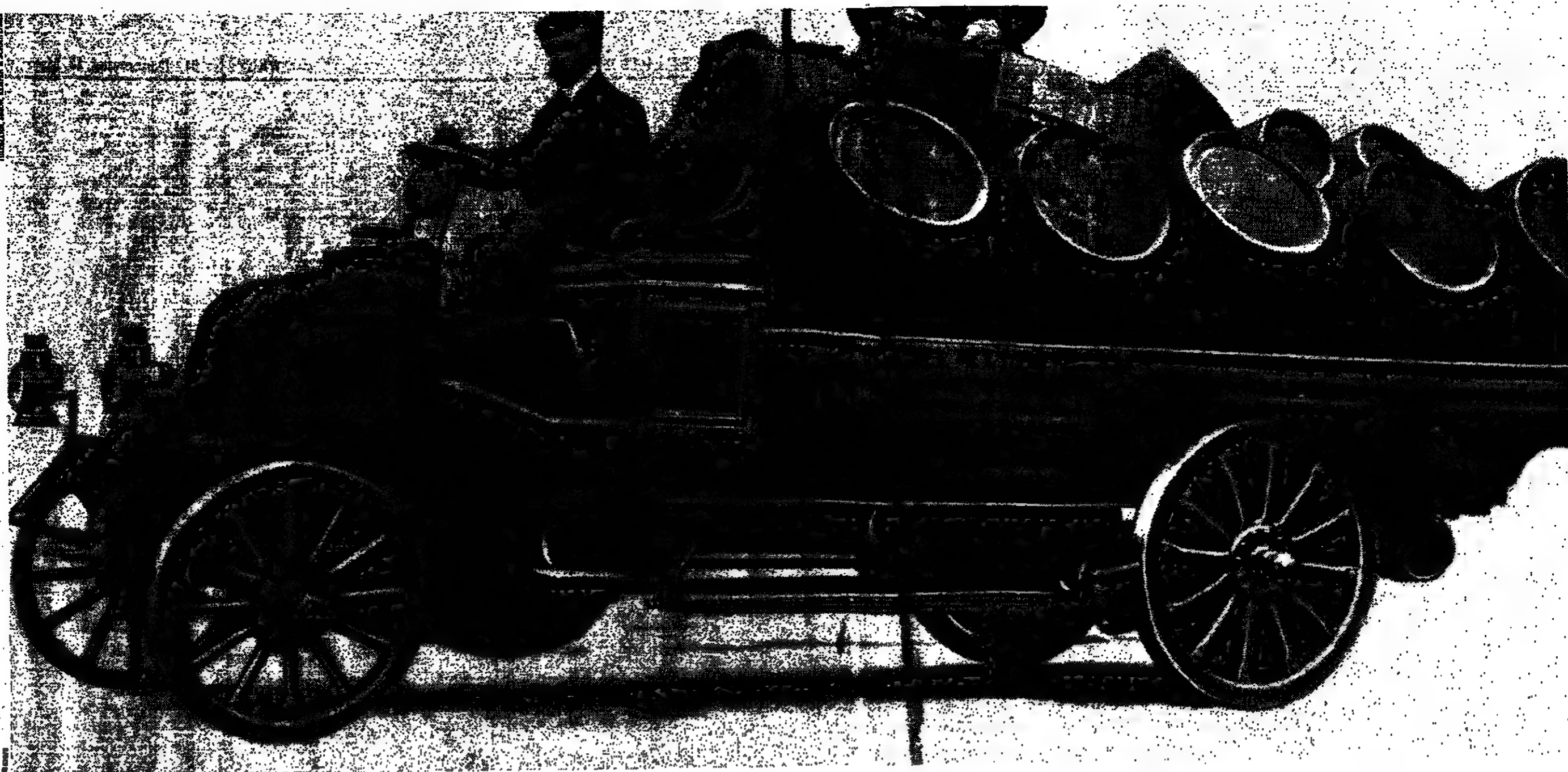
an Conoco 12,5  
an Shell 12,5  
an Agip 12,5  
an Esso 12,5  
an Mobil 12,5  
an Total 12,5  
an Elf 12,5  
an Repsol 12,5  
an Arco 12,5  
an Amso 12,5  
an Castrol 12,5  
an Valvoline 12,5  
an Pennzoil 12,5  
an Quaker 12,5

Märkte

an Conoco 12,5  
an Shell 12,5  
an Agip 12,5  
an Esso 12,5  
an Mobil 12,5  
an Total 12,5  
an Elf 12,5  
an Repsol 12,5  
an Arco 12,5  
an Amso 12,5  
an Castrol 12,5  
an Valvoline 12,5  
an Pennzoil 12,5  
an Quaker 12,5

und Serien

an Conoco 12,5  
an Shell 12,5  
an Agip 12,5  
an Esso 12,5  
an Mobil 12,5  
an Total 12,5  
an Elf 12,5  
an Repsol 12,5  
an Arco 12,5  
an Amso 12,5  
an Castrol 12,5  
an Valvoline 12,5  
an Pennzoil 12,5  
an Quaker 12,5



# Wie die Wirtschaft auf Touren kam.

Mitte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts stellten Gottlieb Daimler und Karl Benz ihren staunenden Zeitgenossen die ersten Nutzfahrzeuge vor.

Damit setzten sie eine Entwicklung in Gang, die in besonderem Maße zum Wachstum der Wirtschaft beigetragen hat.

Die Nutzfahrzeuge haben dem Güterverkehr eine ganz neue Struktur gegeben.

Durch sie haben sich Handel und Industrie von Grund auf verändert.

Die Entfernungen schrumpften: Die Welt wurde kleiner, die Märkte wurden größer.

Unsere Wirtschaft und damit auch unser

Lebensstandard entwickelten sich in einem Maße, wie es ohne den vielfältigen Einsatz dieses Verkehrsmittels nicht möglich gewesen wäre.

Kein Wunder, daß deshalb bei Daimler-Benz der Nutzfahrzeugbereich einen besonderen Stellenwert hat: Er trägt mit etwa 40 Prozent zu unserem weltweiten Umsatz bei.

Seit damals haben wir unsere Nutzfahrzeuge kontinuierlich weiterentwickelt, ihren Transportnutzen immer weiter gesteigert.

Mit dem Anti-Blockier-System, der Antriebs-Schlupf-Regelung und der elektropneumatischen Schaltung wird die Elektronik sinnvoll zur Erhöhung der Verkehrssicherheit eingesetzt.

Bedienungserleichterungen, Fahrzeugüberwachungssysteme, Verbesserungen im Servicebereich und ein Fuhrparkinformationssystem zur Einsatzplanung tragen zusätzlich dazu bei, die Wirtschaftlichkeit, Zuverlässigkeit und Sicherheit unserer Nutzfahrzeuge zu erhöhen.

Die große Typenvielfalt und die zahlreichen Ausstattungsvarianten unseres Programms machen eine genau auf den Transportzweck abgestimmte Fahrzeugauswahl möglich.

So sorgen wir dafür, daß in über 170 Ländern der Welt mit unseren Nutzfahrzeugen Transportaufgaben auch künftig wirtschaftlich gelöst werden. Damit die Wirtschaft auf Touren bleibt.



DAIMLER-BENZ AG





Wenn Sie diese Funktion brauchen,  
wird Sie die schöne Form nicht stören.









